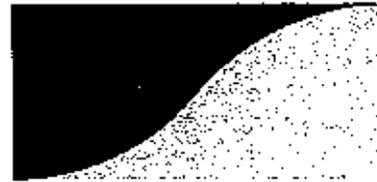


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppb n d



Inhalt

Dr. Hans Apel MdB erläutert das Steuerkonzept der Sozialdemokraten: Mehr Gerechtigkeit.

Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB zum Versuch der Bundesregierung, die Sicherheitsgesetze hektisch durchzuziehen: Bundestag darf nicht zum Rumpfparlament werden.

Seite 4

Ludwig Hettling MdB zur Situation bei Hapag Lloyd: Eine deutsche Seehansa tut Not.

Seite 6

41. Jahrgang / 23

3. Februar 1986

Das Steuerrecht gerecht gestalten

Eine Erläuterung unseres Konzepts

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat vor einigen Tagen ihr Konzept für die künftige Weiterentwicklung des Steuerrechts vorgestellt. Dieses Konzept bildet den Rahmen für die Steuerpolitik der SPD in den nächsten Jahren. Im Mittelpunkt des Konzepts steht die Forderung nach einem Steuersystem, das die Steuerlasten sozial gerecht verteilt und Impulse für Wachstum und Beschäftigung gibt. Hierzu gehören vor allem folgende Maßnahmen:

1. Das Existenzminimum steuerfrei stellen!

Derzeit ist es möglich, das selbst Bürger, die wegen ihres geringen Einkommens zusätzlich Sozialhilfe erhalten, von ihrem Einkommen auch noch Steuern zahlen müssen. Es ist einfach nicht zu erklären, daß der Staat den Personen, denen er etwas gibt, gleichzeitig auch wieder etwas nimmt. Die SPD will daher durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Lohn- und Einkommensteuer das für alle gleiche Existenzminimum steuerfrei stellen. Die Einkommensschwachen unserer Gesellschaft werden damit von allen steuerlichen Lasten befreit. Nach unserem Konzept würde schon bei einer gerechten Ausgestaltung der für 1988 vorgesehenen Steuersenkung eine Arbeitnehmer-Familie mit zwei Kindern bei einem Brutto-Monatslohn von 2.500 DM keine Steuer mehr zahlen müssen.

2. Steuerentlastung auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen konzentrieren!

Nach heutigem Recht ergibt sich für Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsbei-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
auf wertvollen Rohstoffen
Kopierpapier



träge für jede zusätzlich verdiente Mark oft eine höhere Belastung als bei Spitzenverdienern. So muß zum Beispiel ein Arbeitnehmer mit einem Monatseinkommen von 4.000 DM von jeder zusätzlich verdienten Mark 60 Pfennige zahlen, während der Spitzenverdiener nur 56 Pfennige zu zahlen hat. Daher ist insbesondere eine Entlastung der Durchschnittseinkommen geboten. Gerade in diesem Bereich wird Leistungsbereitschaft derzeit durch Steuern und Abgaben besonders beeinträchtigt. Durch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen ("konvex-progressiver Tarif") soll vor allem dieser Personenkreis steuerlich entlastet werden.

Hierin liegt ein deutlicher Unterschied zu den Koalitionsparteien, die zum Beispiel durch das beschlossene Steuersenkungsgesetz Spitzenverdiener 50 mal so hoch entlasten wie Normalverdiener, obwohl sie bislang nur 20 mal mehr Steuern zahlen müssen. Wir wollen dieses Gesetz ändern und die Steuersenkungen sozial gerecht verteilen. Hierdurch würden Bezieher von Brutto-Arbeitslöhnen bis circa 47.000 / 94.000 DM stärker entlastet werden als nach dem Beschluß der Koalition, ohne daß das Entlastungsvolumen insgesamt ansteigt. Bei höheren Einkommen fällt dann natürlich die Entlastung geringer aus.

3. Kindergeld statt ungerechte Kinderfreibeträge!

Der Familienlastenausgleich muß sozial gerecht und kinderfreundlich ausgestaltet werden. Durch eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes wollen wir die Familien mit normalem Einkommen stärker entlasten als bei dem derzeitigen ungerechten System der Kinderfreibeträge. Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein. Nach unserem Vorschlag soll das Kindergeld beim Finanzamt mit der Steuer verrechnet werden. Hierdurch kommt es zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung.

4. Steuerliche Ursachen für Kapitalfehlleitungen beseitigen!

Durch die steuerliche Vorzugsbehandlung von risikoarmen Kapitalanlagen gegenüber Anlagen in Produktivkapital kommt es zu einer massiven Kapitalfehlleitung. Weite Kreise kalkulieren Finanzanlagen von vornherein ohne Steuerbelastung und entscheiden sich auf dieser Basis gegen Investitionen in Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und fördern. Die notwendige Verbesserung der Kapitalausstattung der Wirtschaft wird dadurch gehemmt. Dieser Kapitalfehlleitung kann nur entgegengewirkt werden, wenn auch die risikoarmen Anlageformen angemessen steuerlich erfaßt werden. Hierzu gehört auch die bessere Erfassung von Kapitalerträgen, die bereits ohnehin nach geltendem Recht geboten ist. Um deutlich zu machen, daß es nicht um die Erfassung der kleinen und mittleren Sparguthaben geht, muß die bessere Erfassung von Kapitaleinkünften Hand in Hand gehen mit einer Verzehnfachung des Sparerfreibetrags.

5. Steuerliche Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern!

Kleine und mittlere Unternehmen stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze. Sie sind für den erforderlichen Strukturwandel in unserer Wirtschaft unverzichtbar. Diese Unternehmen sehen sich jedoch vielfach dem Problem gegenüber, daß ihr Investitionsbedarf und ihre Gewinne stark schwanken und zeitlich auseinander fallen. Im Vergleich zu größeren Unternehmen haben sie es deshalb schwerer, zu einer Finanzierung von Investitionen bei annähernd gleicher Steuerbelastung zu kommen. Für kleine und mittlere Unternehmen werden wir daher die Möglichkeit einer befristeten steuerstundenden Investitionsrücklage schaffen. Hierdurch soll den Unternehmen ermöglicht werden, Gewinne für größere Investitionsvorhaben steuerfrei anzusammeln. Zudem ist es sinnvoll, dem Umweltschutz dienende Investitionen, die die Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen beeinträchtigen, durch Investitionszulagen oder Sonderabschreibungen zu fördern.



6. Wir wollen nicht den armen Staat!

Unser Gemeinwesen muß seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachkommen können. Deshalb darf eine Steuerreform nicht die Handlungsfähigkeit unseres Staates antasten. Wir wollen unsere Reformvorstellungen finanzieren aus einem konsequenten Vollzug des geltenden Rechts, aus dem Abbau unberechtigter Steuersubventionen und der Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen. Die in Teilen der Koalitionsparteien zur Finanzierung von Steuerentlastungen unter dem Deckmantel der EG-Harmonisierung angestrebte Erhöhung der Umsatzsteuer und anderer indirekter Steuern kommt für die SPD nicht in Betracht. Dies würde nur dazu führen, daß die Normalverdiener die Steuererleichterungen für die Spitzenverdiener finanzieren müßten.

Die Vorstellung unseres Konzepts hat in der Öffentlichkeit eine bemerkenswert breite Resonanz gefunden. Auch die Koalitionsparteien haben erkannt, daß unsere Vorstellungen für die große Mehrheit der Bevölkerung wesentlich attraktiver sind als zum Beispiel die Senkung des Spitzensteuersatzes. Sie versuchen daher, durch plumpe Beschimpfungen und Falschmeldungen („Steuererhöhungspartei, Neid und Gleichmacherei“) von den eigentlichen Inhalten abzulenken. So wird zum Beispiel die von uns vorgeschlagene Einschränkung des Splittungsvorteils als eine Diskriminierung der Ehegatten gegenüber Unverheirateten dargestellt. In Wirklichkeit handelt es sich hierbei lediglich um eine Begrenzung des jetzt bei Spitzenverdienern auf über 18.500 DM anwachsenden Vorteils, der allein auf das Bestehen einer Ehe zurückzuführen ist. Es darf nicht sein, daß Spitzenverdiener allein durch eine Ehe mehr Vorteile haben als Familien mit Durchschnittseinkommen und mehreren Kindern.

In jedem Fall haben unsere Alternativen zur unsozialen Steuerpolitik der Koalition Bewegung in das Koalitionslager gebracht. Wie nervös die Union geworden ist, zeigt sich zum Beispiel daran, daß jetzt laut über eine Verbesserung der 1988 wirksam werdenden zweiten Stufe des Steuersenkungsgesetzes nachgedacht wird. Wie von uns vorhergesagt, sind viele Arbeitnehmer nach Erhalt ihrer ersten Gehaltsabrechnung für das Jahr 1986 über ihre geringe Entlastung durch das Steuersenkungsgesetz enttäuscht. Wir haben hierzu bereits eine Reihe von Briefen erhalten. Man darf gespannt sein, ob die Nachbesserung tatsächlich erfolgt und wenn ja, ob dies durch eine Absenkung der hohen Entlastung der Spitzenverdiener oder durch zusätzliche Kredite finanziert werden soll. Wir sehen dieser Entwicklung mit Interesse entgegen. Für uns gibt es aber nur einen Weg: Im Rahmen des vorgegebenen Entlastungsvolumens die Steuerentlastung gerechter verteilen!

(-/3.2.1986/rs/ks)

* * *



Der Bundestag darf nicht zum Rumpfparlament werden

Zum Versuch der Bundesregierung die Sicherheitsgesetze nach der Koalitionseinigung hektisch durchzuziehen

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Früher als erwartet, ist in der Bonner Koalition auf verschiedenen Feldern der Politik hektischer Panikaktionismus im letzten Jahr der Legislaturperiode ausgebrochen. Dies gilt auch für das Sieben-Gesetzepaket im Bereich der Innenpolitik.

Nachdem durch das Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung grundlegende Maßstäbe für die Datenverarbeitung gesetzt wurden, stand die Koalition unter erheblichem Handlungsdruck. Sie hat für die gesetzgeberischen Vorarbeiten zum Datenschutz im Sicherheitsbereich nicht nur das ganze Jahr 1984 benötigt, wofür man ja Verständnis gehabt hätte. Auch das Jahr 1985 wurde durch Koalitions-Hick-Hack um diese Gesetzentwürfe vertan. Jetzt, nach der mühseligen Einigung in koalitionsinternen Kreisen, sollen die Entwürfe schnellstens durch die Parlamentsgremien geschleust werden. Aber dieser Deutsche Bundestag darf nicht auf Abweisung einiger Koalitionsoberen zu einer Art Rumpfparlament der Koalition verkürzt werden nach dem Motto: es genügt, wenn sich die Koalition geeinigt hat und weiß, was sie will; der parlamentarische Rest ist mehr oder weniger lästige Formsache.

Der Bundestag darf auch unter dem Druck der Gesetzgebungs-Torschlußpanik der Koalition nicht zu einem Windkanal werden, durch den die Gesetzentwürfe nur so durchpfeifen. Bundesregierung, CDU/CSU und FDP sind gerade dabei, sich diesbezüglich auf den Weg zu machen. Dies würde dem Ansehen des Deutschen Parlaments noch wesentlich schlechter bekommen als der leere Plenarsaal.

Was die sieben Gesetzentwürfe zum Datenschutz und zur inneren Sicherheit betrifft, so wird die SPD dafür sorgen, daß sie zunächst im Grundsatz und Detail auf Herz und Nieren durch mehrere Anhörungen geprüft werden. Wir folgen damit auch entsprechenden eindringlichen Aufforderungen der Datenschutzbeauftragten.

Dabei wird für unsere parlamentarische Arbeit an den Vorlagen Leitlinie sein, was der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Baumann, im Zusammenhang mit der Vorlage seines 8. Tätigkeitsberichtes gefordert hat: die gegenwärtige Praxis der Sicherheitsbehörden darf nicht einfach gesetzlich festgeschrieben werden. Es bedarf vielmehr einer genauen Analyse von Notwendigkeit und Angemessenheit der Erhebung, Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten für die Aufgaben der Sicherheitsbehörden, damit beides Sicherheit und Freiheit gewährleistet werden. Bereits heute im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen wird von kompetenter Seite auf schwerere Mängel der Gesetzentwürfe aufmerksam gemacht.

Es wird sich zeigen, ob es im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens noch gelingt, das Vorschriftengeflecht der sieben Entwürfe so zu entwirren, daß die bereits begründet befürchtete Situation für den Bürger ausgeschlossen werden kann: nicht mehr zu wissen, was mit seinen personenbezogenen Daten alles geschieht beziehungsweise geschehen kann. Hier steht das Karlsruher Volkszählungsurteil als ein unübersehbares Mahnmal für oder besser gesagt gegen die regierende Koalition.

Vor wenigen Monaten erst haben wir uns bemüht, durch ein datenschutzgerechtes Mikrozensus- und Volkszählungsgesetz Vertrauensdefizite beim Bürger auszugleichen und Kooperationsbereitschaft beim Bürger zu gewinnen. Koalition und Bundesregierung gehen auch in bezug auf die Volkszählung ein hohes Risiko ein, wenn sie ihre sieben Entwürfe ohne wesentliche Verbesserungen unverändert durch das Parlament peitschen sollten.

Am Ende hätte es diese Koalition mit ihrer „Operation“ geschafft, eine Wende für die Bundesrepublik zu bewirken: aus dem unbestrittenen Vorreiter des Datenschutzes einen Nachzügler zu machen. Und die FDP kann sagen, sie ist dabei gewesen.

(-/3.2.1986/rs/ks)

* * *



Eine Deutsche Seehansa tut Not

Die Bundesregierung sollte die Hapag Lloyd-Anteile der Großbanken aufkaufen

Von Ludwig Hettling MdB
Schiffahrtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Daß die Deutsche und die Dresdner Bank ihre 80prozentige Beteiligung bei der Hapag Lloyd-Reederei veräußern wollen, war von Insidern schon länger erwartet worden. Die Absicht der Banken ergibt sich aus der mittel- und langfristigen Perspektive der Seeschifffahrt.

Trotz der augenblicklich guten Ertragsituation bei Hapag Lloyd ist wegen der mangelnden Risikobereitschaft der Großbanken deren Verkaufsabsicht verständlich. Denn die Rahmenbedingungen für die Seeschifffahrt unter deutscher Flagge verschlechterten sich zunehmend durch die Dumping-, Subventions- und Protektionismuspraktiken anderer Schiffahrtsnationen. Sie führen zu enormen Überkapazitäten, die jetzt auch bei der Containerschifffahrt zu einem ruinösen Verdrängungswettbewerb führen. Der Anstieg der Überkapazitäten auf über 40 Prozent im Transpazifikverkehr und dem daraus resultierenden Ratenverfall zwang Hapag Lloyd sich aus diesem Verkehr zurückzuziehen.

Inwieweit das Konzept der deutschen Linienreederei mit verstärkter Rationalisierung und allseitiger Kooperation mit anderen Linienreedern innerhalb der Konferenzen auch als Antwort auf die weitere Überkapazitäten schaffenden hochsubventionierten „round-see-world service“ aufgeht, muß sich zeigen. Wahrscheinlich ist, daß auch in diesen Fahrgebieten der Verdrängungswettbewerb zu einem ruinösen Ratenverfall und zur weiteren Aufgabe von Linien- und oder Konferenzverkehren führt.

Die beiden Großbanken sehen jedenfalls keine positive Entwicklung. Allerdings zeigt sich auch, daß den Beteuerungen und Beschwichtigungen des Verkehrsministers Dollinger in der Öffentlichkeit nur allzu leicht Glauben geschenkt wird.

Obwohl die Bundesregierung die zweitgrößte Handelsnation der Welt ist, steht unsere Handelsflotte erst an 20. Stelle der Weltrangliste. Unsere Handelsflotte transportiert trotz steigendem Außenhandel nur noch 13 Prozent unseres Außenhandels über See. Vor Jahren waren dies noch über 40 Prozent. Die Handelsflotte ist in den letzten sieben Jahren um 33 Prozent geschrumpft. Über 40 Prozent unserer Handelsflotte sind ausgeflaggt.

Diese Fakten sind Herrn Dollinger und der Bundesregierung bekannt. Die bisherigen Maßnahmen haben jedoch diesen Trend zum Untergang unserer Handelsflotte nicht aufhalten können. Was bisher fehlte, ist der politische Wille wirksam zu helfen. Denn sonst würde die Bundesregierung in Genf in der Registerkonferenz wesentlich konsequenter gegen Billigflaggenländer auftreten, beziehungsweise würde sie nicht zwei Jahre für einen Bericht an den Verkehrsausschuß über die Steuerbelastung der Seeschifffahrt brauchen.

Um aber unserer Handelsflotte und damit der „Maritimen Verbundwirtschaft“ (Seeschifffahrt, Häfen, Werften und so weiter) wirksam helfen zu können, ist es unbedingt notwendig - wie seit längerem gefordert - ordnungspolitisch einzugreifen. Es müssen Rahmenbedingungen in der Seeschifffahrt für den Marktzugang, für ausreichende Kapazitäten und für faire Frachtraten geschaffen werden, wie sie in der internationalen Luftfahrt vorhanden sind und der Lufthansa ein erfolgreiches Fliegen ermöglichen. Die Lufthansa arbeitet so erfolgreich mit dieser Marktordnung, daß sie für private Geldgeber auch in der Zukunft so interessant bleibt, daß auch die Deutsche und die Dresdner Bank gerne Anteile übernehmen würden, wenn die Lufthansa gegen den Widerstand der SPD teilprivatisiert wird.

Statt ihre Anteile zu verkaufen, sollten die Großbanken dafür eintreten, daß in der Seeschifffahrt, wie bei der Luftfahrt, faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Dann gäbe es bei der hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte und ihren Seeleuten auch positive Zukunftsaussichten. Da aber die Verkaufsabsichten der Großbanken ernst zu nehmen sind und sich wahrscheinlich kein deutscher Interessent finden wird, ist die Gefahr groß, daß Hapag Lloyd ins Ausland verkauft wird. Um dies zu verhindern, fordere ich die Bundesregierung auf, die Hapag Lloyd-Anteile zu übernehmen. Hapag Lloyd sollte dann den Grundstock einer „Seehansa“ unter anderem internationale Konferenzbedingungen auch für andere deutsche Reedereien aushandeln kann.

(-/3.2.1986/rs/ks)

